

Deutschland macht sich flüssig



Erdgas. Um schnell vom russischen Erdgas unabhängig zu werden, ist Flüssiggas kurzfristig die einzige realistische Option für Europa. Doch einige Herausforderungen bleiben und günstiger als bislang wird die Versorgung mit Gas keinesfalls werden. Warum Deutschland gut beraten ist, zuerst mit schwimmenden LNG-Terminals zu planen, erklärt IW-Energieexperte Malte Küper im iwd-Interview. —> [Seiten 2-4](#)

Landtagswahl

Schleswig-Holstein ist im Vergleich zu anderen Bundesländern wirtschaftlich bislang relativ gut durch die Corona-Pandemie gekommen.

—> [Seite 10](#)

Lohn-Preis-Spirale

Die Tarifparteien reagieren bislang mit Augenmaß auf die gestiegene Inflationsrate – das belegt zum Beispiel der Abschluss in der Chemieindustrie.

—> [Seiten 11-13](#)

Heilsbringer mit drei Buchstaben?

Flüssiggas. Die Versorgung mit Liquefied Natural Gas – kurz LNG – wird aktuell hitzig diskutiert. Denn durch Flüssiggas könnten Deutschland und Europa ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren. Von heute auf morgen ist das allerdings nicht zu bewerkstelligen – und ohne europäischen Gemeinsinn auch nicht. Zudem hätte der Umstieg seinen Preis.



Große Mengen Gas oder Flüssigkeit verlässlich zwischen zwei Punkten zu transportieren – dafür sind Pipelines ideal. Gleichzeitig ist der festgelegte Transportweg die größte Schwäche des Systems, wie

Deutschland gerade auf die harte Tour lernt:

1. Die Infrastruktur ist gesetzt – Erdgas fließt durch die Pipelines aus Russland in die EU. Innerhalb Europas importiert Deutschland

zwar auch Erdgas aus Norwegen und den Niederlanden, doch dort kann kurzfristig nicht viel mehr gefördert und durch die Pipelines transportiert werden. Zu weiteren Pipelines aus Nordafrika oder Aserbaidschan besteht keine direkte Verbindung in die Bundesrepublik.

2. Ähnlich große Transportröhren aus anderen Erdgasländern Richtung Europäische Union gibt es nicht. Sie zu errichten, wäre ein Projekt für Jahrzehnte.

3. Pipeline hin oder her: Am anderen Ende der Leitung braucht es einen halbwegs in der Nähe liegenden Staat, der genug Gas fördert, um es – zusätzlich zu seinen bisherigen Abnehmern – auch noch nach Europa zu verkaufen.

Aus all diesen Gründen wirkt Flüssiggas wie ein vielversprechendes Mittel im Kampf gegen die Abhängigkeit von russischem Erdgas. Das tiefgekühlte, verflüssigte LNG kann per Schiff weltweit von Ort A zu Ort B gebracht werden. Der Markt ist schon heute immens (Grafik):

Im Jahr 2020 wurden weltweit knapp 490 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas gehandelt. Das ist mehr als das Zehnfache der Wassermenge des Bodensees.

Europa ist beim LNG-Handel bereits gut dabei – nach Japan und China importierte die EU 2020 mit 17,2 Prozent den drittgrößten Anteil der weltweit gehandelten Menge.

Weltmarkt für Flüssiggas: Wer liefert und wer kauft

im Jahr 2020 in Milliarden Kubikmetern

Weltweit gehandelte Menge

487,9

■ Anteil am Weltmarkt in Prozent

Top-5-Exporteure

Australien	106,2	21,8
Katar	106,1	21,7
USA	61,4	12,6
Russland	40,4	8,3
Malaysia	32,8	6,7

Top-5-Importeure

Japan	102,0	20,9
China	94,0	19,3
Südkorea	55,3	11,3
Indien	35,8	7,3
Taiwan	24,7	5,1

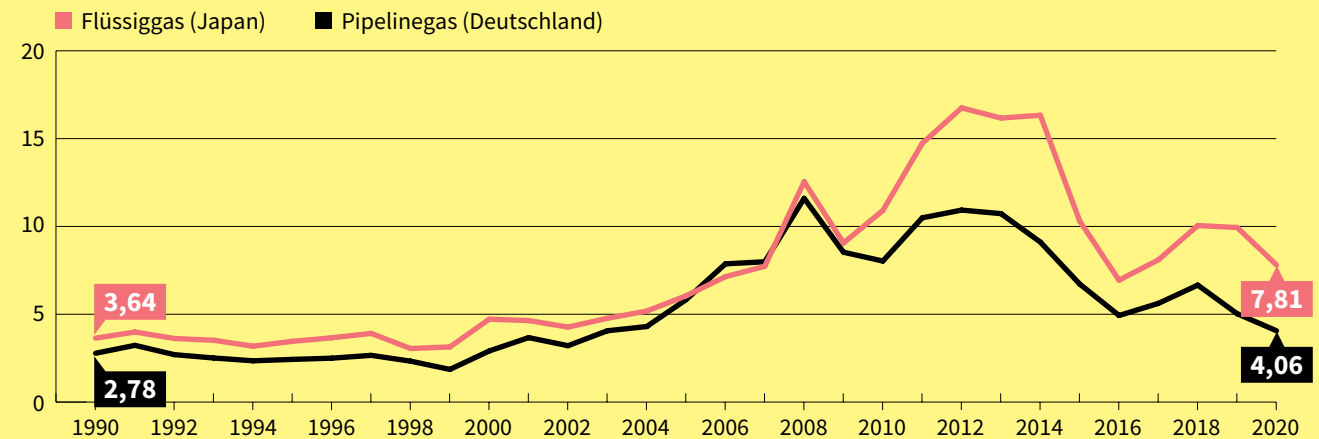
EU-27	84,0	17,2
-------	------	------

Quelle: BP
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Flüssiggas: Meist teurer als Pipelinegas

So viel Dollar kostete das jeweilige importierte Gas in diesen Ländern je Million British Thermal Units



Flüssiggas: Importpreis inklusive Transport und Versicherung
 British Thermal Unit: definiert als die Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein britisches Pfund Wasser um 1 Grad Fahrenheit zu erwärmen
 Quelle: BP
 © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Allerdings unterscheiden sich die Importquoten der EU-Mitgliedsstaaten deutlich. Denn die LNG-Schiffe brauchen einen Hafen, den sie anlaufen können, und dort ein Terminal, in dem aus flüssigem Erdgas wieder gasförmiges wird. Momentan hat Spanien hier europaweit die größten Kapazitäten. Das Problem: Innerhalb der EU fehlt es an der Infrastruktur, das Gas anschließend zu verteilen:

Über die spanischen Pipelines kann zum Beispiel maximal ein Sechstel jener Menge Erdgas nach Frankreich transportiert werden, die die spanischen Gasterminals aus LNG gewinnen könnten.

Hier wird es einer europäischen Kraftanstrengung bedürfen, um freie LNG-Terminals in der EU optimal auszunutzen. Gleichzeitig müssen Länder wie Deutschland schnellstmöglich Anlagen bauen. Bis zu drei LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Stade und Brunsbüttel sind vorgesehen, mit einer geplanten jährlichen Kapazität von circa 30 Milliarden Kubikmetern – knapp zwei Drittel des 2021 aus Russland importierten

Erdgases. Bis diese Terminals in Betrieb sind, wird es allerdings einige Jahre dauern. Für den Übergang setzt Deutschland daher auf schwimmende LNG-Terminals, die kurzfristig bis zum kommenden Winter zur Verfügung stehen sollen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Flüssiggas-Experteure die Menge nicht nach Belieben steigern können und lang laufende Lieferverträge mit Abnehmern in aller Welt haben. Um mehr LNG liefern zu können, bräuchte es zudem neue Anlagen zur Produktion – kurzfristig ist das kaum zu schaffen. Immerhin haben die USA, weltweit der drittgrößte LNG-Produzent, signalisiert, dass sie Europa mehr liefern wollen. Die US-Verflüssigungsterminals sind aber bereits maximal ausgelastet.

LNG aus den USA könnte in den kommenden Jahren – selbst mit zusätzlichen Terminals dort – maximal rund 30 Prozent des im Jahr 2021 aus Russland importierten Erdgases in Europa ersetzen.

Und auch, wenn sich weitere Flüssiggaslieferanten finden, scheint eines ausgemacht: Die Erdgasversor-

gung mittels LNG wird mehr kosten als die bisherigen Lieferungen via Pipeline (Grafik):

Seit 1990 gab es nur wenige Jahre, in denen für Pipelinegas mehr gezahlt wurde als für Flüssiggas. In den vergangenen zehn Jahren lag der Preis für LNG etwa 30 Prozent über dem für Erdgas, das per Pipeline importiert wurde.

Ohnehin boomt der globale LNG-Handel – von 2015 bis 2020 hat sich die gehandelte Menge fast verdoppelt. Der asiatische Markt fragte 2021 davon rund 70 Prozent nach. Mit diesen Ländern stünde Europa künftig in Konkurrenz, was die Preise weiter treiben könnte, wenn das Angebot nicht mithält.

Aus all diesen Gründen ist LNG zwar eine der wichtigsten Optionen, um schnellstmöglich von Russland unabhängig zu werden. Gleichwohl sollten Europas Politiker mit genauso viel Engagement die internationalen Importbeziehungen für klimafreundlichen Wasserstoff sowie die Energiewende mittels Elektrifizierung – auf Grundlage regenerativer Energien – vorantreiben.

Interview. Mitte April hat das Bundesfinanzministerium bis zu 3 Milliarden Euro dafür freigegeben, schwimmende Flüssiggasterminals für Deutschland zu chartern. IW-Energieexperte **Malte Küper** erklärt, inwiefern diese kurzfristig wirklich helfen können, Deutschland von russischem Erdgas unabhängig zu machen.



„Flüssiggasimporte sind derzeit die beste Möglichkeit, russisches Gas zu ersetzen“



Foto: IW Medien

Kann Deutschland mit schwimmenden LNG-Terminals die Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren?

Ja. Flüssiggasimporte sind derzeit die beste Möglichkeit, russisches Gas zu ersetzen. Da Länder wie Norwegen bereits bei hoher Auslastung liefern und in den Niederlanden in diesem Jahr die Gasförderung enden soll, konzentrieren sich die europäischen Bemühungen gerade besonders auf LNG. Deutschland hat bisher jedoch kein eigenes Terminal und stationäre Flüssiggasterminals werden erst in einigen Jahren einsatzbereit sein: Brunsbüttel soll 2026 in Betrieb gehen, die Standorte Wilhelmshaven und Stade sind noch in der Diskussion. Deshalb sind die mobilen Varianten so wichtig.

Was ist das zentrale Problem, vor dem Deutschland mit Blick auf die Gasversorgung aktuell steht?

Das Szenario eines Lieferstopps steht weiterhin im Raum. Sollte es dazu kommen, bräuchten wir sofort Ersatz für das russische Gas. Um es deutlich zu sagen: Die Gasversorgung für den nächsten Winter wäre dann nicht gesichert, auch wenn private Haushalte sich zunächst als „geschützte Kunden“ weniger Sorgen machen müssten. Betroffen wäre vor

allem die Industrie. Da sind die schwimmenden LNG-Terminals die schnellste Lösung – auch wenn es diese nicht wie Sand am Meer gibt.

Dass wir aber nicht nur auf mobile Terminals setzen, ist ebenfalls verständlich und ein klares Signal an Länder wie die USA oder Katar. Wenn wir in Europa mehr LNG aus diesen Ländern importieren wollen, muss es sich für die dortigen Produzenten auch lohnen, in neue Anlagen zu investieren.

LNG ist letztlich auch Erdgas und wird in Ländern wie den USA oft mittels Fracking gefördert, eine höchst umstrittene Methode. Haben wir den Umwelt- und Klimaschutz aus dem Blick verloren?

Es stimmt: Während Fracking in Deutschland bisher kategorisch abgelehnt wird, sind wir jetzt auf Frackinggas aus den USA angewiesen, um schnellstmöglich von russischer Energie unabhängig zu werden. Hinzu kommt, dass LNG aufgrund der Umwandlung und des Transports im Vergleich zum Pipelinegas in der Regel höhere Emissionen verursacht. Aber welche Alternativen hätten wir, um nicht in eine Unterversorgung zu geraten?

Auf lange Sicht brauchen wir aber ohnehin Maßnahmen, die uns

unabhängig machen von fossilen Energieträgern. Es hindert uns also trotz der benötigten LNG-Terminals niemand daran, Wind- und Solaranlagen, Wasserstoffherzeugung und elektrische Wärmepumpen umso energischer auszubauen – das „Osterpaket“ der Bundesregierung geht in die richtige Richtung.

Ist es richtig, dass die Bundesregierung so viel Geld ausgibt, um die Folgen der hohen Energiepreise abzumildern? So nimmt sie doch den Druck, individuelles Verhalten anzupassen, zum Beispiel weniger Auto zu fahren.

Gerade einkommensschwache Haushalte, die besonders unter den hohen Kosten leiden und häufig keine Alternativen haben, sollten entlastet werden. Auch Härtefälle bei Unternehmen, die sich aufgrund der aktuellen Preise in ihrer Existenz gefährdet sehen, sollten nicht ignoriert werden.

Grundsätzlich verdeutlichen die hohen Preise aber die derzeitige Knappheit von Gas und Öl und der Verbrauch sollte in der jetzigen Situation natürlich nicht zusätzlich angereizt werden. Staatliche Hilfen sollten daher temporär und besser gezielt als mit der Gießkanne beschlossen werden.

Neuverschuldung ist tragbar

Staatsverschuldung. Zum dritten Mal in Folge werden die Regeln zur Schuldenbremse ausgesetzt. Schließlich belasten die andauernde Pandemie und der Ukraine-Krieg die öffentlichen Haushalte. Was die zusätzlichen Kredite in Milliardenhöhe für die Staatsverschuldung bedeuten, hat das IW untersucht.

Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009, die eine enorme Neuverschuldung mit sich brachte, erlebten die deutschen Staatsfinanzen goldene Jahre: So sank die Schuldenstandsquote 2019 erstmals nach 16 Jahren unter 60 Prozent – und entsprach damit wieder den Vorgaben der Europäischen Währungsunion, den Maastricht-Kriterien. Sie besagen unter anderem, dass ein Staat mit maximal 60 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide stehen darf.

Doch dann kam mit der Corona-Pandemie die nächste Krise, die Schuldenbremse wurde ausgesetzt, und der deutsche Schuldenstand wuchs um rund 20 Prozent auf annähernd 2,2 Billionen Euro. Die Schuldenstandsquote legte 2020 ebenfalls um fast 10 Prozentpunkte zu, blieb aber bis zuletzt unter der Marke von 70 Prozent.

Und seit Kurzem wirft der Krieg in der Ukraine die Frage auf, wie es mit den deutschen Staatsfinanzen weitergeht. Denn 2022 wird die Schuldenbremse das dritte Jahr in Folge ausgesetzt.

Momentan rechnet der Bund für 2022 mit einer Nettokreditaufnahme von rund 100 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch Schulden in zweistelliger Milliardenhöhe zur Bekämpfung der hohen Energiepreise. Nicht zu vergessen ist auch das angekündigte Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr von 100 Milliarden Euro.

Ungeachtet der insgesamt zu erwartenden Neuverschuldung im dreistelligen Milliardenbereich steigt die Schuldenstandsquote in diesem Jahr nur moderat (Grafik):

Berechnungen des IW zufolge wird die Schuldenstandsquote 2022 trotz Pandemie und Ukraine-Krieg voraussichtlich unter 70 Prozent bleiben.

Das liegt auch daran, dass das nominale BIP nicht zuletzt wegen der hohen Inflation deutlich zulegt, wodurch sich die Verschuldung wieder relativiert. In den kommenden Jahren könnte die Schuldenstandsquote der Bundesrepublik sogar wieder sinken. Denn die geltenden Fiskalregeln erzwingen langfristig eine Reduzierung der Quote:

Ist die Schuldenbremse ab nächstem Jahr wieder gültig, begrenzt dies nicht nur die Kreditaufnahme, sondern setzt auch einen Tilgungsplan in Kraft.

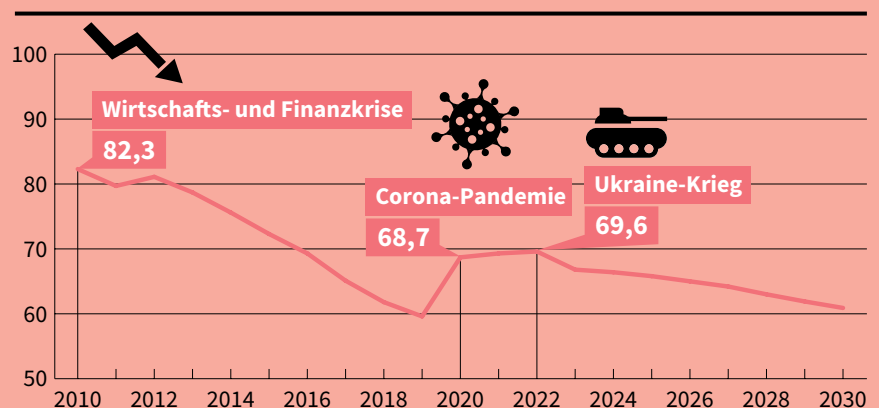
Krisenbedingte Schulden müssen laut Grundgesetz nämlich konjunkturgerecht und binnen eines angemessenen Zeitraums zurückbezahlt werden. Die Bundesregierung sieht dafür eine Spanne von 30 Jahren vor, beginnend ab 2028. Bleibt es dabei, könnte der Schuldenstand zum Ende des laufenden Jahrzehnts wieder den Maastricht-Wert von 60 Prozent des BIP erreichen.

IW-Kurzbericht 39/2022

Tobias Hentze: Schuldenstandsquote sinkt trotz Corona-Krise und Ukraine-Krieg
[iwkoeln.de/schuldenstand](https://www.iwkoeln.de/schuldenstand)

Staatsschuldenquote: Weiterer Rückgang trotz Krisen

Schuldenstand Deutschlands in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ab 2022: Simulation

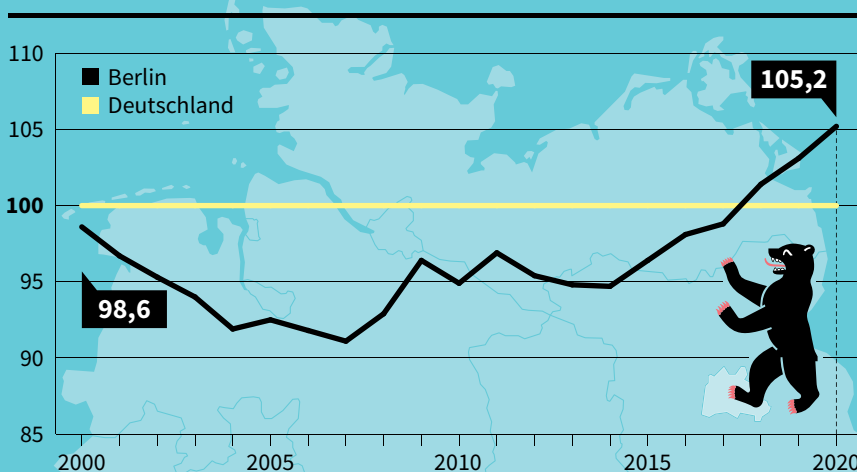
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Wohlstand ohne Hauptstadt

Wirtschaftskraft. In vielen EU-Staaten ist die jeweilige Hauptstadt ein unverzichtbarer Wirtschaftsmotor. Die Ausnahme war lange Zeit Deutschland. In den vergangenen Jahren hat Berlin allerdings kräftig daran gearbeitet, das Image „arm, aber sexy“ abzuschütteln.

Berlin überholt Deutschland

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, Deutschland = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Athen, Prag, Paris – diese Hauptstädte stechen nicht nur aufgrund ihrer Schönheit, Kultur und Geschichte hervor, sie sind auch die Zugpferde für die Wirtschaftskraft ihrer jeweiligen Länder. Am deutlichsten zeigte sich dies zuletzt in Griechenland (Grafik Seite 7):

Ohne die wirtschaftliche Zugkraft der Hauptstadt Athen wäre das griechische Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Jahr 2019 um 20 Prozent geringer ausgefallen.

Ähnlich groß ist der Hauptstadt-Effekt in der Slowakei, wo das Wohlstandsniveau ohne Bratislava und seine Bewohner um gut 18 Prozent niedriger wäre.

In vielen anderen EU-Staaten hat die jeweilige Hauptstadtregion ebenfalls einen unverzichtbaren wirtschaftlichen Stellenwert – von Dänemark und Finnland über Belgien bis hinunter nach Spanien und Portugal.

Ausgesprochen hoch fällt der Hauptstadt-Effekt auch im zentralis-

tischen Frankreich aus: Die französische Wirtschaftsleistung je Einwohner wäre ohne Paris rund 15 Prozent geringer.

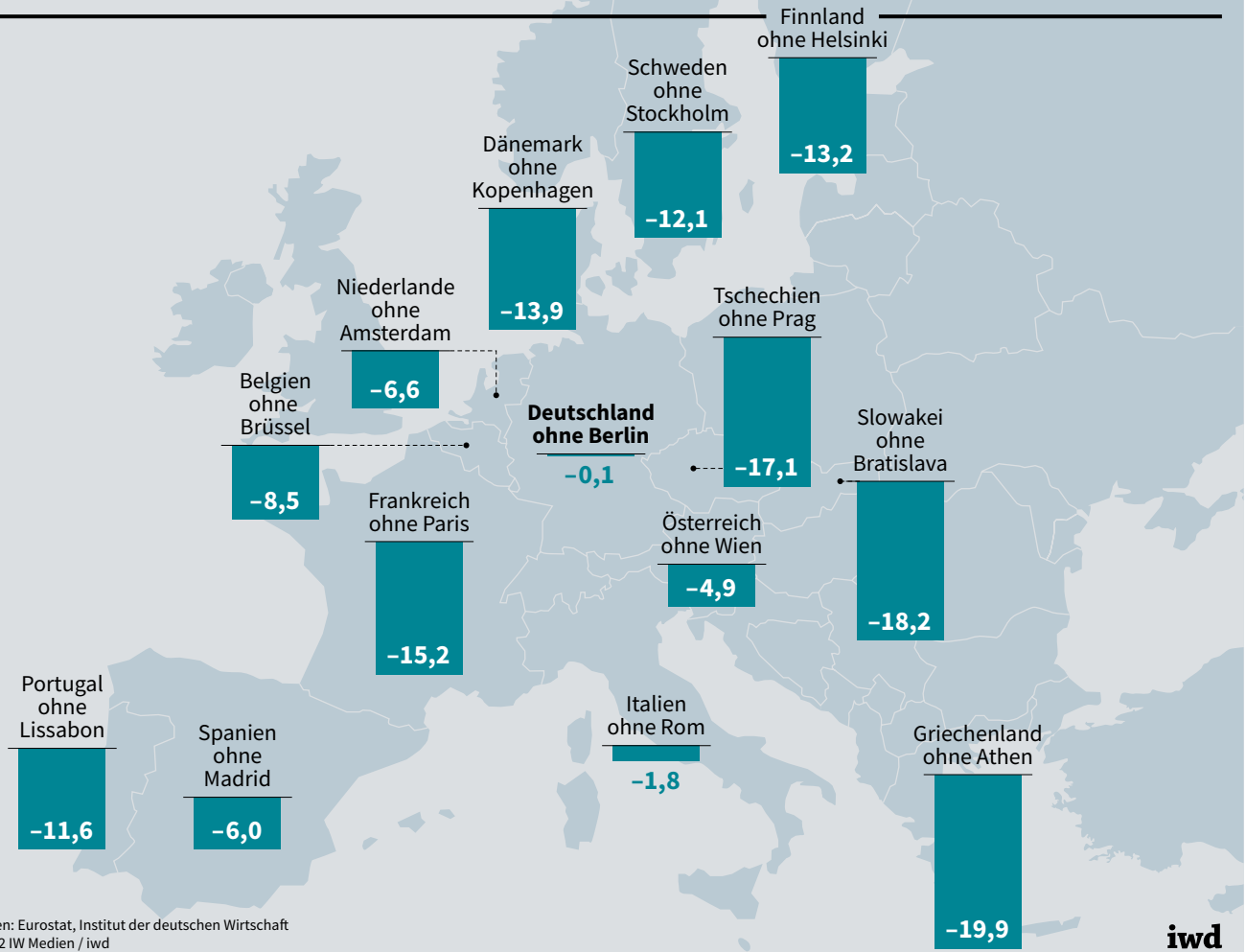
In der Hauptstadtregion Île-de-France lebt knapp ein Fünftel aller Franzosen – dieses Fünftel erwirtschaftet aber ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts.

Wenig Einfluss auf die Wirtschaftskraft des Landes hat dagegen Italiens Hauptstadt. Die italienische „capitale“ und die Hauptstädter ziehen das BIP je Einwohner mit knapp 2 Prozent lediglich geringfügig nach oben, was aber vor allem daran liegt, dass andere Wirtschaftszentren wie Mailand oder Turin ebenfalls sehr stark sind.

Der kleinste Wachstumsmotor für die landesweite Volkswirtschaft ist aber nach wie vor Berlin. Im Jahr 2019 wäre das deutsche Bruttoinlandsprodukt ohne die Hauptstadt gerade einmal um 0,1 Prozent niedriger gewesen. Das liegt auch daran, dass der deutsche Staat föderalistisch organisiert ist und eine ganze Reihe von Wirtschaftszentren hat. Dazu zählen neben Metropolen wie Hamburg und München auch viele Städte und Gemeinden im ländlichen Raum. Dort sind zahlreiche erfolgreiche Mittelständler, oft

Wohlstand ohne Hauptstadt

Um so viel Prozent war das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2019 im jeweiligen Land niedriger, wenn man die Hauptstadt außen vor lässt



hoch spezialisierte Weltmarktführer, angesiedelt.

Doch auch wenn Berlin noch immer nicht wie andere EU-Hauptstädte als wirtschaftliches Zugpferd glänzen kann, darf man nicht übersehen, dass die Metropole in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt hat (Grafik Seite 6):

Bis zum Jahr 2017 hätte Deutschland ohne seine Hauptstadt ein höheres BIP pro Kopf ausweisen können – seit 2018 entwickelt sich die Berliner Wirtschaft aber dynamisch.

Im Jahr 2020 lag das durchschnittliche BIP pro Kopf mit mehr als 42.000 Euro sogar gut 5 Prozent

über dem gesamtdeutschen Mittelwert. Ein entsprechender internationaler Vergleich ist für 2020 noch nicht möglich, da die Daten aus dem europäischen Ausland bislang nicht vorliegen.

Auch den Abstand zu den stärksten deutschen Bundesländern – Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen – konnte Berlin zuletzt deutlich verringern: Während die Differenz beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2014 noch 11.600 Euro betrug, lag Berlin 2020 lediglich rund 7.200 Euro hinter der Spitzengruppe.

Und die Berliner Erfolgsstory setzte sich selbst in Corona-Zeiten

fort: So mussten die genannten fünf Spitzenreiter 2020 jeweils einen Rückgang des BIP pro Kopf von mehr als 4 Prozent hinnehmen – deutschlandweit waren es 3,4 Prozent. In Berlin verringerte sich die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung 2020 dagegen nur um 1,4 Prozent.

Zwar erscheint es immer noch unwahrscheinlich, dass sich die deutsche Hauptstadt zu einem ähnlichen ökonomischen Schwergewicht entwickelt wie Athen oder Paris. Dass Berlin relativ stabil durch die Krise gekommen ist, lässt jedoch hoffen. Der Slogan „arm, aber sexy“ wirkt jedenfalls zunehmend wie aus der Zeit gefallen.

Digital im Alter

Mediennutzung. Wie finden sich Bundesbürger ab 60 Jahren digital zurecht? Das untersucht die erste SIM-Studie und zeigt: Bei der Online-Mediennutzung unterscheidet sich Deutschlands ältere Bevölkerung je nach soziodemografischer Gruppe stark. Unabhängig davon sind die älteren Generationen mit ihrer allgemeinen Lebenssituation aber ziemlich zufrieden.

Wie sich Jugendliche in Deutschland in der Medienwelt bewegen, beleuchtet der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest bereits seit 1998 jährlich in seiner großen JIM-Jugendstudie. Während die

„Digital Natives“ mittlerweile ganz selbstverständlich Computer und Smartphone nutzen und quasi im Internet zu Hause sind, haben ältere Generationen oft mehr Probleme mit der Technik.

Mit der SIM-Studie – die Abkürzung steht für „Senior*innen, Information, Medien“ – hat der Forschungsverbund nun erstmals eine bundesweite Studie vorgelegt, die die Mediennutzung älterer Personen in Deutschland untersucht. Dafür hat er 3.005 Bundesbürger im Alter ab 60 Jahren befragt. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Medienausstattung. Jeder Haushalt verfügt über einen Fernseher; einen Computer und ein Smartphone findet man in jeweils rund drei Vierteln der Haushalte. Mit steigendem Alter nimmt die Technikausstattung allerdings rapide ab (Grafik):

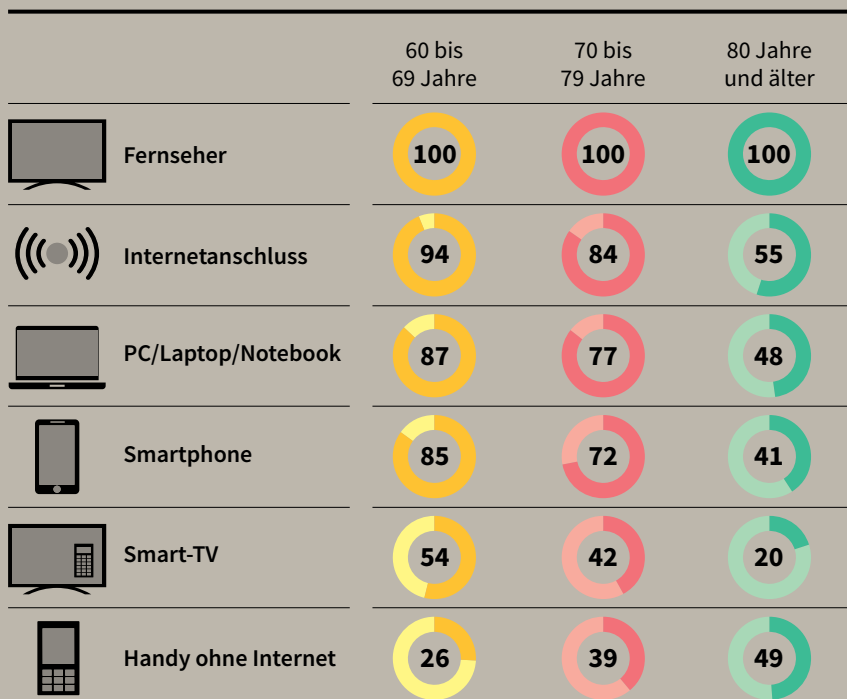
Während 94 Prozent der Haushalte von 60- bis 69-Jährigen einen Internetanschluss haben, ist von den über 80-Jährigen nur etwas mehr als die Hälfte mit dem Web verbunden.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei PCs, die in weniger als der Hälfte der Haushalte von über 80-Jährigen zu finden sind. Diese Altersgruppe besitzt auch seltener ein Smartphone – sie greift stattdessen häufiger auf ein Handy ohne Internetzugang zurück.

Dass alle Befragten unabhängig vom Alter einen Fernseher besitzen,

Mediennutzung nimmt mit dem Alter ab

So viel Prozent der Haushalte in Deutschland mit Menschen in diesem Alter hatten 2021 ein/einen ...



Repräsentative Befragung von 3.005 Bundesbürgern im Alter ab 60 Jahren vom 22. März bis 31. Mai 2021

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2022 Iw Medien / iwd

unterstreicht die zentrale Bedeutung dieses Mediums für ältere Personen. Auffällig dabei: Je höher der Schulabschluss, desto geringer die tägliche Zeit vorm TV.

Internetnutzung. Gut vier Fünftel der Personen ab 60 Jahren sind online. Bei genauerer Analyse dieser Gruppe zeigt sich dreierlei (Grafik):

Der prozentuale Anteil von Internetnutzern sinkt mit dem Alter und steigt mit dem Bildungsgrad. Zudem sind Männer häufiger online als Frauen.

Die Gründe jener Befragten, die sich für ein Offline-Leben entschieden haben, sind vielfältig. An erster Stelle steht der mangelnde Bedarf: Für neun von zehn der älteren Bundesbürger ohne Internet sind die Informations- und Unterhaltungsangebote von Presse, Radio und Fernsehen ausreichend. Ein weiterer oft genannter Grund ist, dass das Internet weder beruflich noch privat gebraucht wird.

Zwei Drittel geben darüber hinaus fehlende Zeit und mangelnde Lust an, rund der Hälfte ist der mit einer Internetnutzung verbundene Lernaufwand zu hoch und gut 40 Prozent haben Sicherheitsbedenken. Eine geringe Rolle spielen die Kosten – mit ihnen begründet nur knapp jeder Sechste seine Online-Abstinenz.

Lebenssituation. Neben der Mediennutzung legt die SIM-Studie einen zweiten Schwerpunkt auf die Lebenszufriedenheit der älteren Bundesbürger sowie ihre gesellschaftliche Inklusion. Deutlich zu erkennen ist, dass sich die meisten über 60-Jährigen in Deutschland auch unter erschwerten Bedingungen wie der Corona-Pandemie als integrierten Teil der Gesellschaft sehen – weitestgehend unabhängig von sozio-demografischen Merkmalen. So geben gerade einmal 7 Prozent der Befragten an, sie hätten zunehmend das Gefühl, den An-

schluss an die heutige Zeit verpasst zu haben; rund drei Viertel stimmen dieser Aussage nicht zu.

Ein gewisser Generationenkonflikt wird allerdings sichtbar: Nur wenig mehr als die Hälfte der Befragten widerspricht der Aussage, immer weniger Verständnis für die Auffassungen der jüngeren Generation zu haben. Zudem geben 15 Prozent an, dass ihr Leben immer komplizierter werde und schwerer zu durchschauen sei.

Alles in allem sind die älteren Bundesbürger aber zufrieden:

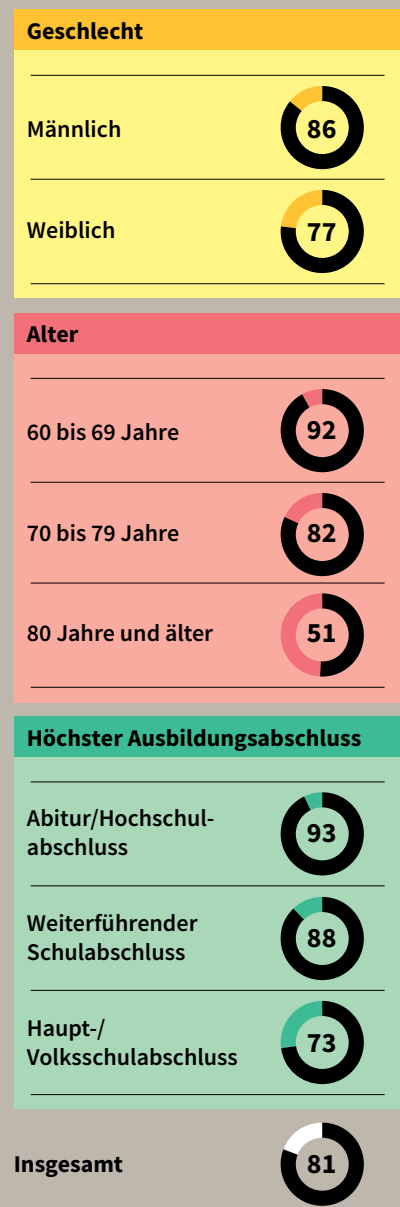
Zwei Drittel der über 60-Jährigen bewerten ihre Lebenssituation als sehr gut oder gut, lediglich 4 Prozent halten diese für schlecht oder sehr schlecht.

Es gibt allerdings gewisse Unterschiede zwischen Onlinern und Offlinern: Bei Letzteren fällt die Zufriedenheit im Schnitt etwas geringer aus, nur knapp mehr als die Hälfte bewertet ihre aktuelle Lebenssituation mit einer der zwei Bestnoten – ein Hinweis darauf, dass in dieser Gruppe ein höheres Risiko von sozialer Ausgrenzung besteht.

Um ältere Menschen stärker beim Erwerb digitaler Kompetenzen zu unterstützen und so dafür zu sorgen, dass sie sozial eingebunden sind, sollte die Politik entsprechende Lern- und Beratungsangebote ausbauen. Zwar wird der Anteil der Personen, die das Internet nicht nutzen, immer weiter sinken – schon deshalb, weil auch die internetaffinen Generationen immer älter werden. Doch angesichts der dynamischen technischen Entwicklungen gibt es einen kontinuierlichen Unterstützungsbedarf.

Onliner ab 60: Eher männlich und mit höherem Bildungsabschluss

So viel Prozent der Bundesbürger ab 60 Jahren aus diesen Gruppen nutzen zumindest gelegentlich das Internet



Repräsentative Befragung von 3.005 Bundesbürgern im Alter ab 60 Jahren vom 22. März bis 31. Mai 2021

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest © 2020 IW Medien / iwd

Schleswig-Holstein in der Pandemie stabil

Landtagswahl. Am 8. Mai wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Die regierende Jamaika-Koalition unter der Führung von CDU-Ministerpräsident Daniel Günther hat gute Chancen auf eine Wiederwahl – Grund dafür ist unter anderem, dass das Bundesland bislang vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen ist.

Als Bundesland zwischen Nord- und Ostsee ist Schleswig-Holstein ein beliebtes Urlaubsziel. Im Jahr 2021 reisten rund 6,6 Millionen Gäste in die Beherbergungsbetriebe des Landes – obwohl es das zweitkleinste deutsche Flächenland ist, können nur fünf Bundesländer höhere Übernachtungszahlen vorweisen.

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Lock-downs war die Zahl der Urlauber 2020 in Schleswig-Holstein zwar deutlich geringer, in wirtschaftlicher Hinsicht kam das Bundesland aber

trotzdem vergleichsweise gut durch das erste Jahr der Pandemie:

Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2020 durchschnittlich um 4,6 Prozent zurückging, verbuchte Schleswig-Holstein lediglich ein Minus von 3 Prozent.

Auch der dortige Arbeitsmarkt blieb während der Pandemie weitgehend stabil (Grafik):

Mit 5,6 Prozent lag die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein 2021 leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 5,7 Prozent.

Zudem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 2010 stärker gestiegen als im bundesdeutschen Durchschnitt. Bei einer anderen wirtschaftlichen Kennzahl fällt das nördlichste Bundesland allerdings etwas ab:

Das BIP je Einwohner betrug in Schleswig-Holstein 2021 knapp 36.000 Euro, im Bundesländer-ranking bedeutete das einen Platz im hinteren Mittelfeld.

Aufgrund der relativ geringen Einbußen während der Pandemie war das reale Wachstum des BIP in den vergangenen elf Jahren mit 15,6 Prozent jedoch höher als im Bundesdurchschnitt.

Dass sich die Corona-Krise in Schleswig-Holstein nicht so stark bemerkbar macht, spielt der aktuell regierenden Jamaika-Koalition unter der Führung von CDU-Ministerpräsident Daniel Günther in die Karten. In Umfragen geben rund drei Viertel der Einwohner an, mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden zu sein.

Dementsprechend liegt die CDU in den Prognosen zur Wahl am 8. Mai klar vorne, eine Fortführung der bisherigen Koalition von CDU, Grünen und FDP ist nicht unwahrscheinlich. Je nachdem, wie stark die Christdemokraten zulegen können, könnte die Partei die Regierungsarbeit in Kiel aber künftig auch mit nur noch einem Koalitionspartner fortsetzen.

Schleswig-Holstein in Zahlen

	Schleswig-Holstein	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2021 in Euro	35.854	42.953
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2021 gegenüber 2010 in Prozent	15,6	14,5
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2021 gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	22,4	20,9
Arbeitslosenquote 2021 in Prozent	5,6	5,7
Breitbandversorgung der privaten Haushalte Mitte 2021 mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde in Prozent	93,0	95,1

Quellen: atene KOM, Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Gemeinsam im Inflations-Boot

Lohn-Preis-Spirale. Bei einer Inflationsrate von mehr als 7 Prozent klingt es nachvollziehbar, dass Arbeitnehmer in Deutschland mehr Geld fordern. Doch das könnte eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen. Ohnehin übersieht die Forderung, dass Arbeitgeber von den hohen Preisen ebenfalls betroffen sind. Der jüngste Tarifkompromiss in der Chemieindustrie sowie weitere kleinere Tarifabschlüsse beweisen nun aber viel Augenmaß.

Hohe Inflation gleich höhere Löhne – die Gleichung klingt aus Sicht vieler wahrscheinlich schlüssig. Doch sie geht nicht auf, denn die meisten Preissteigerungen treffen im Moment Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen. Manche Unternehmen sind – Stichwort Energie und Rohstoffe – sogar stärker betroffen als ihre Mitarbeiter. Beide Tarifparteien sitzen damit im selben Inflations-Boot.

Nichtsdestotrotz gibt es Signale vonseiten der Gewerkschaften, dass sie bei anstehenden Tarifverhandlungen auch die hohe Teuerungsrate in den Blick nehmen wollen. Das hat jene Mahner auf den Plan gerufen, die für diesen Fall eine Lohn-Preis-Spirale befürchten. Um diese Angst zu verstehen, muss man sich detaillierter damit beschäftigen, wie solch eine Spirale entstehen kann:

Zahlen Firmen ihren Mitarbeitern mehr Geld, haben die Unternehmen erst einmal höhere Kosten für die Produktion ihrer Waren oder Dienstleistungen als zuvor. Gleiches gilt, wenn Vorprodukte – zum Beispiel Rohstoffe – teurer werden.

Es gibt zwei Optionen, wie die Firmen mit solchen Preissteigerungen umgehen können:

Kosten senken. Ist es den Unternehmen möglich, ihre Produktivität zu steigern, können sie ihre Produkte weiterhin zum gleichen Preis anbieten – obwohl das Personal oder die eingesetzten Materialien teurer sind als früher.

Kosten überwälzen. Wenn Firmen hingegen nicht produktiver werden können, müssen sie die höheren Kosten auf den Produktpreis aufschlagen. Dann werden Waren und Dienstleistungen teurer.

Letztlich entscheidet also die Produktivität darüber, ob die Produktpreise steigen oder nicht. Der volkswirtschaftlichen Logik folgend sollten sich die Lohnforderungen von Gewerkschaften deshalb an der Produktivität orientieren und nicht daran, wie sich die Preise entwickeln. Handeln Gewerkschaften anders, kann das böse enden:

Orientieren sich die Arbeitnehmervertreter bei ihren Lohnforderungen an der Inflationsrate und nicht daran, wie sich die Produktivität entwickelt, müssen Firmen ihre gestiegenen Kosten an die Verbraucher weitergeben und die Preise steigen.

Diese höheren Preise führen wiederum dazu, dass sich die

Reallöhne verringern – das Einkommen ist weniger wert –, weshalb die Gewerkschaften in der nächsten Tarifrunde unter Umständen erneut mehr Lohn fordern.

Zwar gibt es einen gewissen Spielraum, innerhalb dessen seitens der Verbraucher die Bereitschaft besteht, mehr für ein Produkt oder eine Dienstleistung zu zahlen. Doch dieser Spielraum ist den Firmen im Vorfeld unbekannt und wird er ausgereizt, sind weitere Lohnforderungen die Folge – dann ist die Spirale in Gang gesetzt.

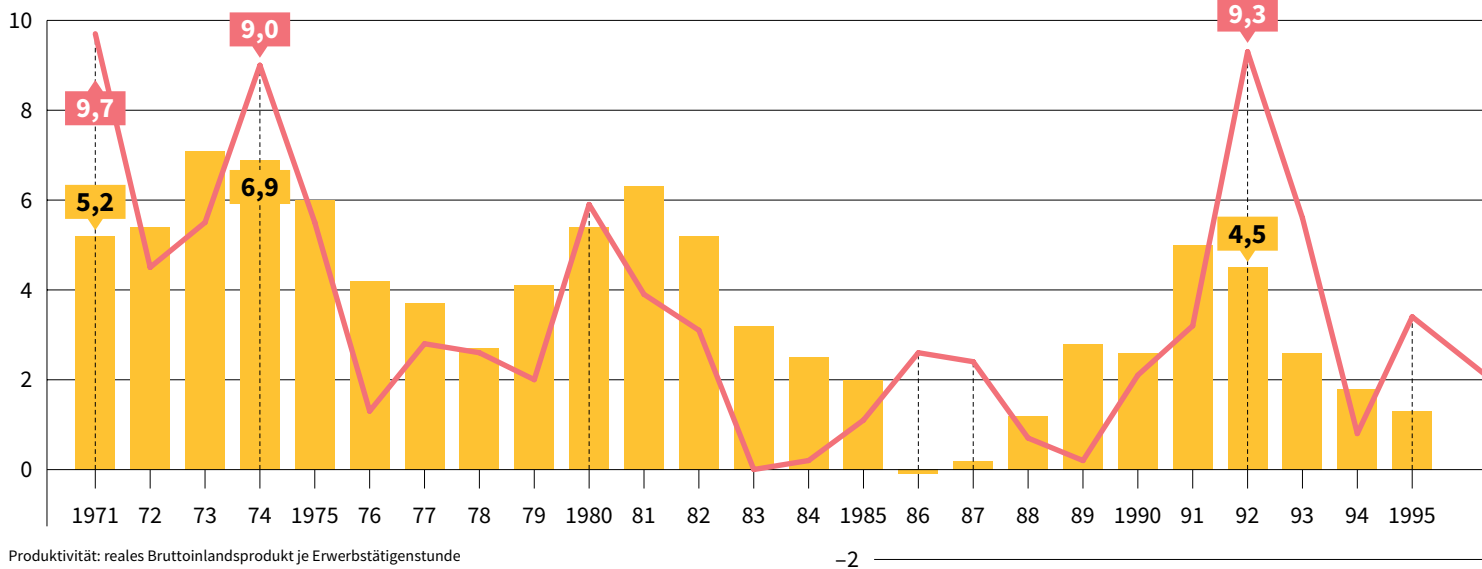
Solch eine Situation rief die Zentralbank auf den Plan. Die kann eine Lohn-Preis-Spirale stoppen, indem sie eine restriktive Geldpolitik betreibt. Das heißt: Sie erhöht die Zinsen, wodurch es lukrativer wird, zu sparen, statt Geld auszugeben. Dadurch sinkt die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und Produkte werden bestenfalls billiger. Allerdings wirken sich höhere Zinsen durch die Zentralbank negativ auf Investitionen und das Wirtschaftswachstum aus.

Mit all diesen Zusammenhängen zu Löhnen und Preisen im Hinterkopf

Tariflohnpolitik in Deutschland: Nur selten und kurz stark expansiv

■ Verbraucherpreise – Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

■ Um so viele Prozentpunkte über- oder unterschritten die Tariflohnveränderungen das Produktivitätswachstum



Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

lohnt sich ein Blick auf die deutsche Historie (Grafik):

In den vergangenen 50 Jahren lag die Differenz aus Tariflohn- und Produktivitätsentwicklung in Deutschland nur viermal deutlich über der Inflationsrate.

In den ersten drei Fällen schritt die Bundesbank beziehungsweise die Europäische Zentralbank (EZB) ein und erhöhte die Zinsen. Durch die Rezessionen 1974 und 1992 bekamen die Währungshüter zudem Schützenhilfe, um die Lohn-Preis-Spiralen zu durchbrechen. Im Jahr 2009 – dem vierten Zeitpunkt – waren höhere Zinsen seitens der EZB nicht nötig, denn da lag der Grund dafür, dass die Steigerung der Löhne die der Produktivität deutlich überschritt, in einer vorübergehend rückläufigen Produktion.

Würde die Geldpolitik eine etwaige Lohn-Preis-Spirale in Europa mit höheren Zinsen bekämpfen, trüfe das aber auch die öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten: Die Pandemie hat deren Staatshaushalte in jüngster Vergangenheit stark

belastet, ebenso die Auswirkungen der Russland-Sanktionen. Merkwürdig steigende Zinsen würden also dazu führen, dass die Länder höhere Schulzinsen aufbringen und von vornherein mehr für zusätzliche Schulden zahlen müssten.

Die Tarifparteien können durch maßvolle Tarifabschlüsse also dazu beitragen, dass die Zentralbank die Zinsen nicht spürbar anheben muss. Das entlastet den Zinsdienst und vermeidet nicht nur eine Lohn-Preis-Spirale, sondern auch eine neue Schuldenspirale.

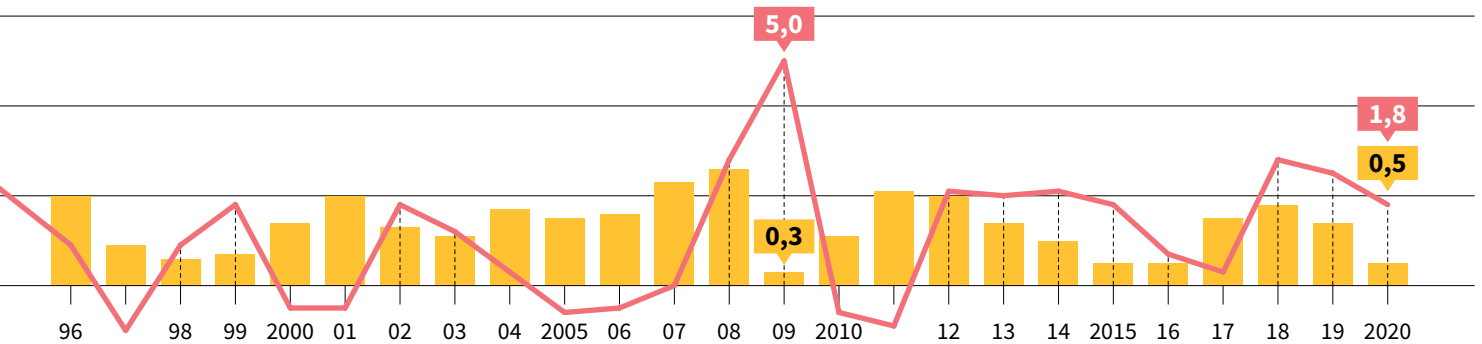
Hoffnung darauf, dass eine neuerliche Lohn-Preis-Spirale gar nicht erst in Gang kommt, macht jedenfalls der erste große Tarifabschluss seit Beginn des Ukraine-Kriegs – und zwar in der deutschen Chemieindustrie. Dort haben sich die Gewerkschaft IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC darauf verständigt, dass erst im Herbst über den neuen Tarif für rund 580.000 Mitarbeiter verhandelt wird – in der Hoffnung, dass sich die geopolitische Lage inklusive der enormen Energie-

und Rohstoffpreise bis dahin wieder entspannt hat. Gleichzeitig gibt es für die Beschäftigten eine einmalige Sonderzahlung von 1.400 Euro, um die Teuerung auszugleichen. Im Durchschnitt aller Beschäftigten entspricht dies 5,3 Prozent des Jahresgehalts – ein üppiger Inflationsausgleich, der die Firmen aber nicht dauerhaft belastet.

Der Chemie-Kompromiss zeigt, dass die Tarifpartner tragfähige Lösungen in Krisenzeiten finden. Auch in einigen kleineren Branchen wie der Druckindustrie sowie bei Banken und Versicherungen gab es Abschlüsse, die der Gesamtsituation Rechnung tragen. Ohnehin zeigt die sogenannte Lohndrift, dass die Tarifparteien schon seit rund zehn Jahren die besonderen Umstände auf dem Arbeitsmarkt, vor allem den Fachkräftemangel, berücksichtigen. Die Lohndrift steht für die Differenz zwischen der Entwicklung der Bruttoverdienste und der Tarifverdienste (Grafik Seite 13):

Von 2010 bis 2020 sind die Tarifverdienste um 27 Prozent

Lesebeispiel: Im Jahr 1992 erhöhten sich die Verbraucherpreise in Deutschland um 4,5 Prozent, die Tariflöhne stiegen im gleichen Jahr um 9,3 Prozentpunkte stärker als die Produktivität. Eine entsprechend expansive Tariflohnpolitik kann dazu führen, dass die Geldpolitik besonders restriktiv reagiert – um eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Das wiederum kann sich negativ auf Investitionen und das Wirtschaftswachstum auswirken.



iwd

gestiegen, die Bruttoverdienste um 35 Prozent. Damit war die Lohndrift – anders als noch in den 2000er Jahren – positiv.

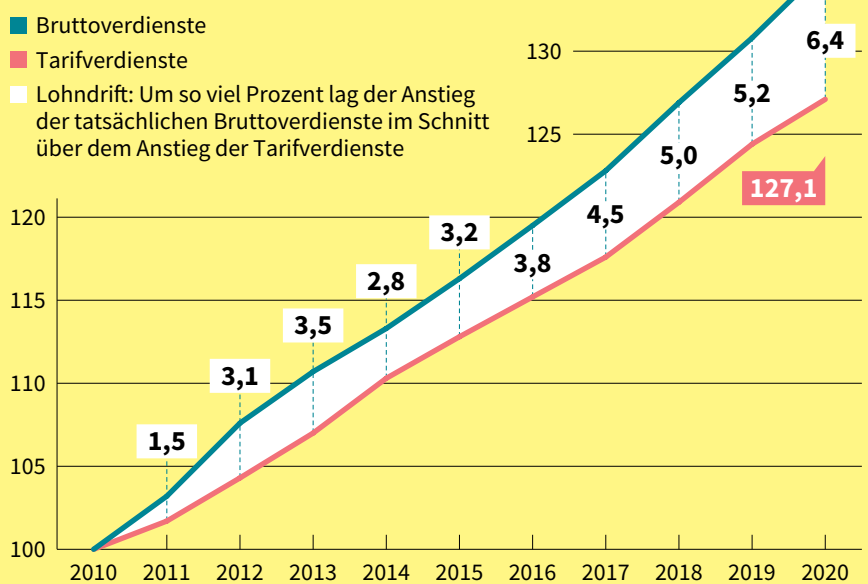
Die Tarifverträge definieren also wieder stärker Mindestbedingungen. Doch Unternehmen zahlen Mitarbeitern mit gesuchten Qualifikationen durchaus mehr, wie die Lohndrift offenbart.

Im Herbst – wenn die Chemie-industrie erneut verhandeln will – stehen parallel Tarifverhandlungen für die vier Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektro-Industrie an, wenig später für drei Millionen Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Es bleibt abzuwarten, ob auch dann mit Augenmaß verhandelt wird oder die Gewerkschaften mehr fordern, als in Anbetracht der Produktivitätsentwicklung geboten wäre.

Wirtschaftsexperten setzen darauf, dass die Vernunft siegt – auch aus folgendem Grund: Einem Reallohnverlust steht gegebenenfalls ein Arbeitsplatzverlust gegenüber, sollte es zu überzogenen Forderungen kommen. Zudem sind die Tariflöhne

Lohndrift: Firmen zahlen mehr

Deutschland, 2010 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

iwd

seit 2012 durchweg stärker gestiegen als die Verbraucherpreise – im Jahr 2020 betrug die Inflationsrate gerade einmal 0,5 Prozent, die Tariflöhne legten aber um 2,2 Prozent zu.

Aus IW-Trends 4/2021

Hagen Lesch: Lohn- und Tarifpolitik zwischen 2010 und 2020

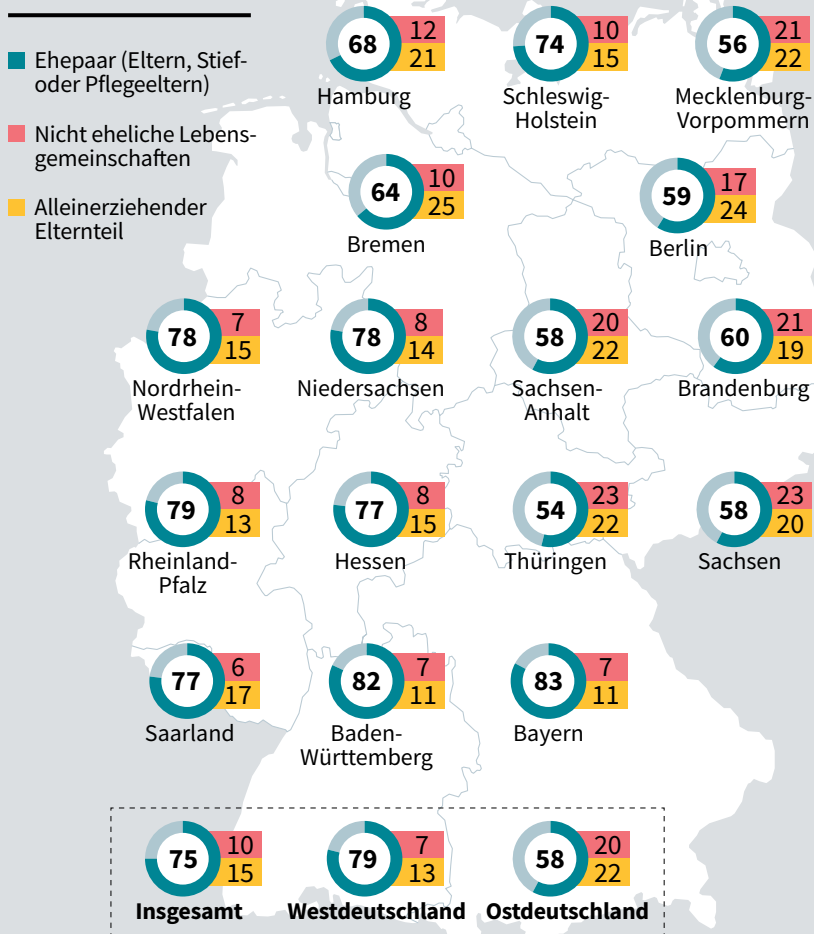
iwkoeln.de/lohnundtarif

Veränderte Familienverhältnisse

Gesellschaft. Im Vergleich zu den 1990er Jahren wachsen heutzutage weniger Kinder in Deutschland mit beiden Elternteilen auf. Allerdings zeigt der Trend seit einiger Zeit in die Gegenrichtung. Denn viele Paare wenden sich wieder den klassischen familiären Lebensformen zu.

Weniger klassische Familien in Ostdeutschland

So viel Prozent der minderjährigen Kinder lebten 2020 in diesen Familienkonstellationen



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Die Familienkonstellationen, in denen Kinder in Deutschland aufwachsen, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. Lebten im Jahr 1996 noch knapp 84 Prozent der Minderjährigen mit ihren verheirateten Eltern zusammen, sank dieser Anteil laut Mikrozensus bis 2020 um etwa 9 Prozentpunkte auf 75 Prozent.

Schaut man auf die einzelnen Bundesländer, sind klare Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu erkennen (Grafik):

In den ostdeutschen Bundesländern leben Kinder deutlich häufiger bei Alleinerziehenden oder in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften.

Die Gründe dafür liegen in der sozialistischen Vergangenheit des Ostens. Frauen wurden in der DDR in viel größerem Maße am Arbeitsmarkt beteiligt als Mütter in Westdeutschland, wo lange ein traditionelleres Familienbild als Ideal galt. Damit sind Frauen in Ostdeutschland auch früher unabhängiger von ihren Partnern geworden, was die höhere Zahl alleinerziehender Elternteile bis heute erklärt. Hinzu kommt, dass im Osten die Frauen oft deutlich früher Mutter wurden.

Große Unterschiede ergeben sich auch, wenn man die Städte und Gemeinden nach ihrer Größe sortiert (Grafik):

Während in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern 78 Prozent der Kinder bei Ehepaaren leben, sind es in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern lediglich 68 Prozent.

Allerdings weisen die erfassten Daten nicht nur die leiblichen Eltern als Ehepaar aus, sondern auch verheiratete Stiefeltern. Inwiefern dies der Fall ist, lässt sich auf Basis der amtlichen Statistik nicht ermitteln, da die entsprechenden Angaben fehlen.

Was die Daten aber sehr wohl zeigen, ist, dass sich der Anteil der Kinder, die bei Ehepaaren aufwachsen, zuletzt wieder erhöht hat: von 73 Prozent im Jahr 2015 auf 75 Prozent 2020. Gleichzeitig sank der Anteil der Alleinerziehenden von 18 Prozent im Jahr 2015 auf 15 Prozent 2020. Dies geht teils auf die starke Einwanderung der vergangenen Jahre zurück. Denn Zuwandererkinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben mit einem Anteil von rund 83 Prozent deutlich häufiger bei einem verheirateten Elternpaar. Zum Vergleich: Von den deutschen Kindern lebten rund 74 Prozent bei ihren verheirateten Eltern.

Der jüngste Trend hat aber auch etwas damit zu tun, dass sich viele

Paare wieder der traditionellen familiären Lebensform zuwenden, sprich heiraten:

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Eheschließungen in Deutschland wieder deutlich gestiegen: von 374.000 im Jahr 2013 auf 449.000 im Jahr 2018.

Damit wurde im Jahr 2018 so viel geheiratet wie seit 1992 nicht mehr. Das lag zwar auch an der Einführung der Ehe für alle. Rechnet man diese Eheschließungen aber heraus, war die Zahl der Hochzeiten immer noch rund 10 Prozent höher als 2008.

Damit zusammenhängend legte auch der Anteil der ehelichen an allen Geburten zu. Dieser war von einem Höchststand von 94 Prozent im Jahr 1966 bis 2016 auf einen historischen Tiefstand von 65 Prozent gesunken. Seitdem hat er sich aber wieder erhöht – auf 67 Prozent im Jahr 2020.

Insgesamt können diese Entwicklungen so gewertet werden, dass der Abwärtstrend der Ehe zumindest im Familienkontext gestoppt ist und sie sogar wieder leicht an Bedeutung gewonnen hat.

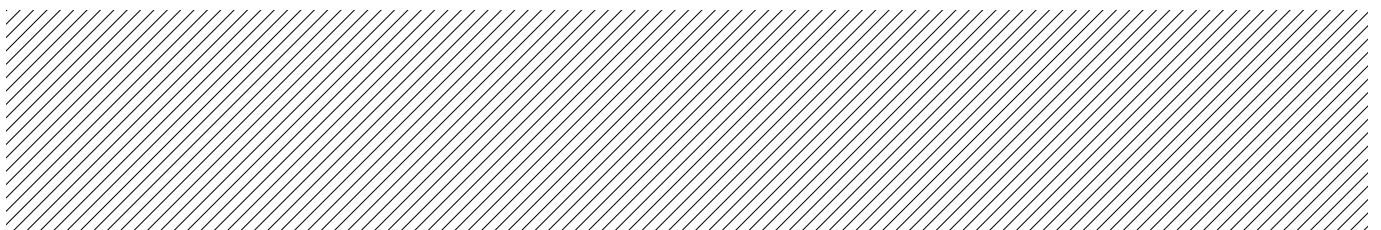
Großstädter erziehen häufiger allein

So viel Prozent der minderjährigen Kinder in Deutschland lebten 2020 in Städten und Gemeinden dieser Größenordnung in diesen Familienkonstellationen

Einwohner	Ehepaar (Eltern, Stief- oder Pflegeeltern)	Nicht eheliche Lebensgemeinschaften	Alleinerziehender Elternteil
Unter 5.000	78	11	11
5.000 – 10.000	78	9	13
10.000 – 20.000	79	9	12
20.000 – 50.000	76	9	15
50.000 – 100.000	75	9	16
100.000 – 200.000	77	8	15
200.000 – 500.000	71	10	19
Über 500.000	68	13	19

Quelle: Statistisches Bundesamt © 2022 IW Medien / iwd

iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

45,8 Prozent



der deutschen Bevölkerung lebten 2021 von der eigenen Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle. Das zeigen neue Daten des Statistischen Bundesamts. Im Jahr 2000 hatte dieser Anteil bei nur 41 Prozent gelegen.

Der zweitgrößte Anteil der Bundesbürger – 23,7 Prozent – nutzte zuletzt die Einkünfte von Angehörigen, um den Alltag zu finanzieren. In diese Kategorie fallen vor allem Minderjährige, die zu fast 94 Prozent auf das Geld anderer, in der Regel wohl das Einkommen ihrer Eltern, zurückgriffen. Doch auch Erwachsene lagen zu knapp 12 Prozent Familienmitgliedern auf der Tasche.

Hier zeigt sich nach wie vor ein Geschlechtergefälle: Während sich Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren zu 6,4 Prozent von anderen aushalten ließen, waren es bei den Frauen 17,5 Prozent. Das liegt vor allem daran, dass Frauen wegen der Kinderbetreuung häufiger beruflich kürzertreten als Männer und es in vielen Beziehungen nach wie vor eine klassische Rollenverteilung gibt. Allerdings hat sich der Anteil der Frauen, die vom Partner finanziell abhängig sind, im Vergleich zur Jahrtausendwende um mehr als 11 Prozentpunkte reduziert, während er bei Männern leicht gestiegen ist.

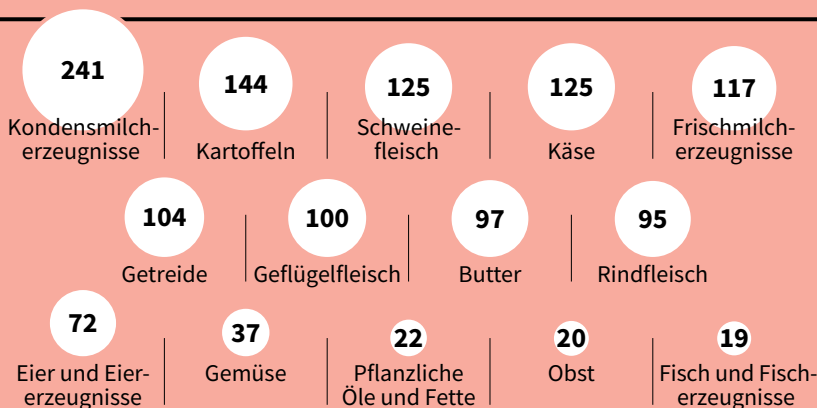
Auf den nächsten Rängen der Geldquellen folgen Renten und Pensionen mit 22 Prozent sowie Sozialtransfers mit 7,5 Prozent. Vom eigenen Vermögen lebte 2021 zwar nur 1 Prozent – der Anteil war damit aber doppelt so hoch wie im Jahr 2000.

Top-Liste: Lebensmittelautarkie

In einigen deutschen Supermarktregalen herrscht seit Kriegsbeginn in der Ukraine gähnende Leere – allerdings nicht immer, weil die Produkte wirklich knapp sind. Bei einer ganzen Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist die Bundesrepublik nämlich durchaus in der Lage, sich autark zu versorgen – zumindest rein rechnerisch. So produzierten Landwirte im Jahr 2020 rund 4 Prozent mehr Getreide, als verbraucht wurde. Besonders groß war der Überschuss mit 141 Prozent bei Kondensmilcherzeugnissen, von Kartoffeln ernteten Bauern 44 Prozent „zu viel“. Andererseits gab es aber auch Produkte, die Händler umfassend importieren mussten, um die Nachfrage der Bundesbürger zu befriedigen. So stammte Fisch nur zu 19 Prozent aus heimischen Gewässern, beim Obst war es genau ein Fünftel und bei pflanzlichen Ölen und Fetten mit 22 Prozent nur wenig mehr.

Nahrungsmittel: So viel produziert Deutschland selbst

So viel Prozent dieser in Deutschland verbrauchten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden im Jahr 2020 zumindest rechnerisch auch in der Bundesrepublik erzeugt beziehungsweise angebaut



Pflanzliche Erzeugnisse: Wirtschaftsjahr 2019/2020

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd